



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

Haller, Johannes

Stuttgart [u.a.], 1930

4.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

Durch den zweiten Pariser Frieden und den Wiener Kongreß war Frankreich geographisch in die Stellung zurückversetzt, die es bis 1792 eingenommen hatte, und anscheinend war auch seine politische Lage wieder die alte. Der Kongreß, der unter der Losung der Restauration arbeitete, schien sich auch in der Regelung der Beziehungen zwischen Frankreich und seinem östlichen Nachbar die Wiederherstellung des früheren Zustands zur Aufgabe gemacht zu haben. Wie es die Angriffsbasis behielt, die es im Elsaß seit Ludwig XIV. besessen hatte, so stand ihm auch jetzt wieder jenseits des Rheins nicht eine festgefügte staatliche Einheit, sondern ein lockerer Verband, ein Staatenbund von souveränen Fürsten und freien Städten gegenüber. Der Deutsche Bund, diese Neuauflage des alten Reichs unter anderm Titel, erlaubte es Frankreich, seine überlieferte Politik wieder aufzunehmen, die deutschen Fürsten gegen Österreich auszuspielen und Deutschland durch Teilen zu beherrschen. Man durfte sogar annehmen, daß die vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten, Baden, Württemberg, Bayern, Hessen-Darmstadt, schon aus Furcht vor der französischen Aufstellung bei Straßburg und Weißenburg, aber auch in dem Bestreben, ihre erhöhte Stellung in Deutschland selbst bemerkbar zu machen, der französischen Beeinflussung wohl noch zugänglicher sich erweisen würden. Für das übrige sorgte wie einst die natürliche Rivalität der beiden Großmächte Österreich und Preußen. Es konnte also aussehen, als wäre alles wieder, wie es von 1648 bis 1792 gewesen war.

Es sah so aus, aber es war nicht so. Zwei neue Momente von Bedeutung waren hinzugekommen, die das Bild vollständig verschoben. Einmal die Stellung Preußens am Rhein. Indem der Wiener Kongreß den größeren Teil des linken Rheinufers als Entschädigung für aufgegebene pol-

nische Gebiete Preußen zuwies, hatte er die französische Interessen- und Einflußsphäre, die dort vor 1792 bestanden hatte, zerstört und allen künftigen Absichten auf das Rheinland die Macht des beträchtlich vergrößerten preußischen Militärstaats als natürlichen Gegner in den Weg gestellt.

Es verdient festgehalten zu werden, daß Preußen, dem man seit langem — in Wahrheit mit geringerem Recht als andern Großstaaten — unersättliche Eroberungslust nachzusagen pflegt, diesen Erwerb weder erstrebt noch gewünscht hat. Preußische Generäle sogar haben sich dagegen ausgesprochen; sie wünschten ihrem Staat die unmittelbare Grenznachbarschaft Frankreichs zu ersparen. Ein europäisches Bedürfnis war es, dem Preußen diesen Zuwachs verdankte, und vom Ausland war der Gedanke ausgegangen. Kein Geringerer als William Pitt hatte ihm schon 1805 im englisch-russischen Bündnis Ausdruck gegeben. Hier war unter anderm als Kriegsziel vereinbart worden, Belgien und Holland zu vereinigen und die angrenzenden linksrheinischen Landschaften, mindestens bis zur Mosel, an Preußen zu überlassen, „damit es im Einverständnis mit Holland eine Sperre gegen das Übergreifen der französischen Macht bilde“. Zehn Jahre später, als der Friede geschlossen wurde, hat die britische Diplomatie einen Augenblick gezögert, diesen Plan auszuführen. Lord Castlereagh war geneigt, einem rheinisch-belgischen Pufferstaat den Vorzug zu geben. Zuletzt aber siegte doch der energischere Gedanke, den Pitt hinterlassen hatte, und der größte Teil des Rheinlands wurde preußisch, kleinere Stücke fielen an Hessen und Bayern.

Talleyrand als Vertreter Frankreichs hat dazu seine Zustimmung gegeben, die Maßregel sogar unterstützt, soweit es ihm möglich war. Er hat damit gegen seine Weisungen verstoßen, die ihm ausdrücklich vorschrieben, zu verhindern, daß die Grenzen Preußens und Frankreichs einander berührten. Allerdings hatte er sich dabei in einem schwierigen Dilemma befunden. Es handelte sich in Wien schließlich nur noch darum, ob Preußen das linke Rheinufer oder das Königreich

Sachsen erhalten und der Sachse im Rheinland entschädigt werden sollte. Ein kleiner Pufferstaat dieser Art als Nachbar wäre allerdings für Frankreich viel bequemer gewesen, dafür aber widersprach die Einverleibung Sachsens in Preußen nicht weniger dem, was in der Weisung Talleyrands als französisches Ziel bezeichnet war: die Vergrößerung Preußens in Deutschland nach Möglichkeit zu verhindern. Talleyrand entschied sich für die Erhaltung Sachsens. Er machte geltend, der Erwerb dieses Landes würde Preußen eine Überlegenheit geben, die ihm die Möglichkeit böte, Herr in ganz Deutschland zu werden, wogegen das Fortbestehen eines selbständigen sächsischen Staates den föderativen Charakter Deutschlands verbürge und damit Preußen hemme. Außerdem — hier zeigt sich der Pferdefuß — würde es leichter sein, das Rheinland Preußen wieder abzunehmen als einem Herrscher, der, wie der König von Sachsen, naher Verwandter und Freund des französischen Königshauses war. Diese Rechtfertigung hat dem Vielgewandten nichts geholfen. Er fiel bei seinem König in Ungnade und ist von Zeitgenossen und Späteren scharf verurteilt worden, weil er den Vorteil Frankreichs geopfert habe. Ja, man hat sich nicht gescheut, seine Handlungsweise auf Bestechung zurückzuführen. Ein Trinkgeld von vier Millionen, so behauptet Chateaubriand, soll der Preis gewesen sein.

Talleyrand ist unter den französischen Staatsmännern jener Tage vielleicht der einzige gewesen, der die Beschlüsse des Wiener Kongresses als endgültige Ordnung anzunehmen und zu rechtfertigen sich wenigstens den Anschein gab. Es sei Frankreichs Interesse, erklärte er dreist, und diene dem Ruhm seiner Armee, freiwillig auf den Gedanken der Wiedereinnahme von Belgien und dem linken Rheinufer zu verzichten. „In seine alten Grenzen wieder eingesetzt, denkt Frankreich nicht mehr daran, sie zu erweitern, gleich dem Meere, das seine Ufer nur überflutet, wenn es von Stürmen aufgewühlt wird.“ Wie weit der Erfinder dieses schönen Vergleiches selbst an ihn glaubte, mag dahingestellt bleiben. Seine Zeitgenossen haben nichts davon hören wollen. Lassen

wir einem französischen Historiker das Wort. „Für die ganze Generation, die beim Sturz des Kaisertums ins politische Leben eintrat, bedeutete die Rückforderung der Rheinlande dasselbe, wie für unsere Zeitgenossen die elsässische Frage: sie wurde als unbestrittenes Dogma angenommen, als kategorischer Imperativ angesehen, als Bedingung des nationalen Daseins betrieben.“ So schrieb Albert Perraud in der *Revue des deux Mondes* vom 1. Oktober 1923, als französische Truppen das Ruhrgebiet besetzt hielten und man in Frankreich glaubte, den Rhein für immer gewonnen zu haben. Da meinte man auch sich keinen Zwang mehr antun zu müssen; man durfte die Legende von der Friedfertigkeit der französischen Politik fallen lassen und dreist die Wahrheit eingestehen: daß Frankreich auf das Rheinland, das es nur zwanzig Jahre durch Eroberung besessen und im Kriege wieder verloren hatte, niemals verzichtet, daß es schon am Tage nach dem Verlust an nichts als an die erneute Eroberung gedacht hat. „Dieser Hintergedanke“, so schreibt Perraud, „beherrschte alle Franzosen ohne Unterschied der Partei, Royalisten wie Liberale.“ Mit Stolz läßt er die Zeugen für seine Behauptung aufmarschieren und ihre Sprüche hersagen: den konservativen Cato der Restauration, Bonald: „Ohne Rhein ist Frankreich nicht fertig und könnte es nicht bestehen“; den liberalen Journalisten Armand Carrel: „Die Regierung würde Frankreich in der schuldhaftesten, feigsten und ehrlosesten Weise verraten, wenn sie zuließe, daß das linke Rheinufer jemand anderm gehörte als Frankreich“; den Sänger des Bonapartismus, Béranger: „Der Rhein allein kann unsere Waffen stählen“; und andere.

Wo ein Wille ist, sind Gründe billig. Mit der Zeit fand sich auch für dieses stürmische Begehren ein plausibler Grund. Nichts Neues, nur ein altbekanntes Schlagwort: die Sicherheit Frankreichs. Der Wiener Friede sollte das Land einem feindlichen Angriff schutzlos preisgegeben haben, indem er ihm das Rheinland nahm und es Preußen gab. Es nimmt nicht gerade für diese Behauptung ein, daß sie am leidenschaftlichsten von einem Dichter und Rhetor vertreten

Haller, Tausend Jahre . . . 7

worden ist, der, obwohl Diplomat und Staatsmann, seiner Phantasie und Beredsamkeit auch in der Politik gern die Zügel hat schießen lassen. Chateaubriand in seiner grenzenlosen Eitelkeit traute sich auch in militärischen Fragen ein untrügliches Urteil zu. So machte er die Entdeckung, der Besitz der Rheingrenze sei eine Frage militärischen Schutzes, ohne sie könne ein unglückliches Gefecht, ein Feldzug von acht Tagen Paris und mit ihm ganz Frankreich zu Fall bringen, Frankreichs nationale Unabhängigkeit ruhe also auf dem Ausgang einer einzigen Schlacht. Es sei darum genötigt, früher oder später entweder seine Hauptstadt hinter die Loire zu verlegen oder die Grenze bis an den Rhein vorzuschieben. Den Besitz der Rheinlinie von Straßburg bis Köln nennt er „unsern rechtmäßigen Anspruch, eine Forderung der Ehre sowohl wie der Sicherheit“.

Damit hat er Schule gemacht bis auf diesen Tag. Daß die Tatsachen ihm niemals recht gegeben haben, hat nichts genützt. Als der Krieg, den man seit 1815 zu fürchten vorgab, im Jahre 1870 wirklich ausbrach, da hat Frankreich nicht eine, sondern drei große Entscheidungsschlachten verloren, ehe der Gegner vor Paris stand, und auch dann hat es sich erst nach vier weiteren Kriegsmonaten zum Frieden bequemt, nicht weil die Hauptstadt sich ergeben mußte, sondern weil seine Kraft erschöpft war. 1914 vollends hätte die Einnahme von Paris, die zwar nicht nach acht Tagen, aber immerhin schon nach sechs Wochen bevorstand, den Krieg ebensowenig beendet. Gerade dieser letzte Krieg hat bewiesen, welchen mächtigen Schutz Frankreich, auch ohne den Besitz des Elsaß, hinter dem natürlichen Wall der Vogesen und den künstlichen Befestigungen der Mosel und Maas genießen kann, wenn es will. So unangreifbar stand es im August 1914 da, daß der Gegner, um ihm überhaupt beikommen zu können und nicht gezwungen zu sein, den französischen Angriff im eigenen Lande abzuwarten, sich genötigt sah, neutrales Land zu durchschreiten. Diese frischen Erfahrungen halten aber den Historiker Perraud nicht ab, noch im Jahre 1923 zu behaupten, Frankreich sei durch die Grenze von 1815 einem

feindlichen Einfall auf Gnade und Ungnade ausgeliefert gewesen (*à la merci d'une invasion*).

Wie die geographischen Tatsachen die Lehre von dem ohne den Rhein schutzlosen Frankreich schlagend widerlegen, so fehlte ihr auch in der politischen Gruppierung der Mächte nach 1815 jede Grundlage. Von wem sollte denn Frankreich damals bedroht sein? Preußen hatte, wie wir sahen, schon das Rheinland nur ungerne genommen, es hatte jenseits seiner nunmehrigen Westgrenze auch nicht das allermindeste zu begehren und mit Frankreich keinerlei widerstreitende Interessen. Es hätte gradesogut wieder wie in den Tagen Friedrichs des Großen der Bundesgenosse Frankreichs werden können, wenn dieses sich die Mühe gab, den Nachbar zu versöhnen, die Erinnerungen an Napoleon vergessen zu machen und selbst ein ehrlicher und friedlicher Nachbar zu sein. Dazu gehörte freilich vor allem, daß Frankreich im eigenen Gedächtnis gewisse Erinnerungen auslöschte, daß es ernstlich und endgültig darauf verzichtete, nach dem Rhein zu trachten. Aber das eben war es, was man drüben nicht wollte. Es spricht doch alles dafür, daß auch das Wehklagen um die verlorene Sicherheit nicht ehrlich war. Weil man das Rheinland haben wollte, erklärte man sich für bedroht, die geplante Eroberung wurde zu einer unerläßlichen Maßregel der Verteidigung gestempelt. Mit Recht hat der Geschichtschreiber der französischen Restauration, Viel-Castel (1878), geurteilt, die Generation von 1815 habe die Rheingrenze „gleichsam als ein erworbenes Recht Frankreichs betrachtet“. Aus dem vorübergehenden Besitz machte man einen unverlierbaren Rechtstitel, den Verlust erklärte man für eine Demütigung und den Rückerwerb für Ehrenpflicht.

Während man sich auf diesem Felde in willkürlichen Fiktionen bewegte, übersah man etwas anderes, das allerdings eine sehr reale Tatsache war: das neu erwachte deutsche Nationalbewußtsein. Tiefer und dauernder als Schlachten und Verträge hat diese Tatsache das gegenseitige Verhältnis der beiden Völker fortan bestimmt. Um es mit einem Wort zu sagen: der Deutsche hatte sich fühlen gelernt, zum erstenmal

fühlte er sich dem Franzosen überlegen. Das war etwas Neues. Wohl hatte es eine Zeit gegeben, da er politisch und militärisch auf den Franzosen herabsah, aber sie war vergessen und begraben. Dann war am Vorabend der Reformation das Gefühl der eigenen verborgenen Kraft in denkenden Köpfen für kurze Zeit wieder erwacht und hatte in Dichtung und Wissenschaft einen oft genug verstiegenen Ausdruck gefunden. Auch das war bald vergangen und verschollen. Seitdem hatte man in Deutschland den Vorsprung Frankreichs an Bildung und Gesittung lebhaft empfunden und sich der geistigen Hegemonie des Nachbarlandes unterworfen. Damit war es nun vorbei. In Wissenschaft und Dichtung hatte der Deutsche den Franzosen überholt, indem er sich vom französischen Vorbild und Einfluß befreite. Seit Klopstock, Lessing und Goethe war es aus mit der Herrschaft französischer Formen und französischer Geschmackes. Der Deutsche brauchte die fremde Schule nicht mehr, er war selbst etwas geworden und hatte den Lehrmeister übertroffen. Goethe hatte noch mit Betonung davon gesprochen, wieviel er für seine Entwicklung den Franzosen verdanke. Nach 1815 hätte das nicht leicht jemand mehr gesagt. Fichte hatte seine Deutschen geglaubt mahnen zu müssen, daß sie ihre Sprache als Ausdruck und Träger ihres nationalen Wesens bewahrten. Er stand unter dem Eindruck der Vorherrschaft des Französischen, das in seiner Jugend auch für Deutsche die Weltsprache und die Sprache der Bildung gewesen war. Nach 1815 wäre die Mahnung überflüssig gewesen. Der Deutsche hatte sich eine eigene nationale Geistesbildung, einen Schatz an geistigem Gut geschaffen, mit dem er jedem Kulturvolk ebenbürtig dastand, und er hatte sich ihn geschaffen in bewußter Abkehr vom französischen Vorbild. England und Griechenland waren die Pole, nach denen der Kompaß seiner klassischen Dichtung und Philosophie sich wandte, Altdeutsch hieß die Losung der Romantik. Für französisches Wesen war da kein Platz mehr.

Die geistige Erhebung war der politischen vorausgegangen, und der Sieg, die Abschüttlung der französischen Zwangs-

herrschaft, hatte gleichsam nur das blutige Siegel daruntergedrückt. Beides vereint gab dem deutschen Volk ein Selbstgefühl, das es seit Menschengedenken nicht gekannt hatte. Es kehrte sich in erster Linie gegen Frankreich. Wie hätte es anders sein können? In dem großen Erlebnis des Befreiungskampfes hatte die junge Generation, die jetzt ins Leben trat, ihre geistige Prägung erhalten. Noch zitterte der Zorn über alles Erlittene in den Gemütern nach. Franzosenhaß hatte in den Tiefen des Volkes im Westen und Süden Deutschlands geschlummert seit den Tagen Ludwigs XIV. und war gelegentlich zum unvermittelten Ausbruch gekommen, wenn etwa während des Österreichischen Erbfolgekriegs versprengte Offiziere und Soldaten der französischen Armee von den Bauern totgeschlagen wurden. Daß er die Franzosen zu Bundesgenossen hatte, entfremdete damals Karl VII. die Herzen des Volkes und stärkte die Parteinahme für Maria Theresia und ihren Gemahl. Das waren örtliche Erscheinungen gewesen. Seit 1806 hatte auch der Norden, hatte ganz Deutschland vom Rhein bis zur Memel die Franzosen kennengelernt und in gemeinsamer Kraftanstrengung ihre Tyrannei gebrochen. Ihnen gegenüber war es von den gleichen Gefühlen beseelt, in der Abneigung gegen Frankreich war es einig.

Die lange Friedenszeit, die auf den Sturz Napoleons folgte, bot zunächst keine Gelegenheit, diese Stimmung in Taten zu äußern. In Deutschland kümmerte man sich wenig um auswärtige Fragen, alles politische Streben richtete sich auf die eigenen inneren Angelegenheiten. Da konnte es geschehen, daß noch einmal eine französische Strömung vorübergehend die Oberfläche des öffentlichen Lebens bewegte. Frankreich schien in der Regierungsform vorangeschritten, es hatte ein Parlament und seit 1830 sogar eine ausgesprochen bürgerlich-parlamentarische Regierung. Wieder erschien es in den Augen mancher Deutschen umgeben von dem Glorienschein der Freiheit. Aber wie schwach war jetzt das Echo in Deutschland verglichen mit 1789! Ein kleines Häuflein nur war es, das mit Neid und Bewunderung nach Paris als dem Asyl

der Freiheit und der Menschenrechte schielte. Die Ereignisse haben bald dafür gesorgt, daß diese Strömung versiegte, und die wenigen, die, wie Heine und Börne, die letzte Folgerung zogen und das Exil in Paris wählten, galten daheim als Abtrünnige, mit denen man nicht mehr rechnete. Es ist vielleicht nicht zuviel gesagt: für den Übergang zu freieren Formen des Staatslebens bildete es in Deutschland ein Hindernis, daß diese Formen die französischen waren.

Frankreich hatte in Deutschland keine Freunde mehr, die ihm hätten nützen können, auch nicht an den Höfen. Bundesgenossen konnte es dort nicht mehr finden. Solche Verbindungen, wie sie früher an der Tagesordnung gewesen waren, durften jetzt kaum mehr in akademischer Form und in tiefstem Geheimnis erwogen werden. Mochte einer und der andere der deutschen Fürsten vielleicht in Gedanken damit rechnen, daß im äußersten Notfall Frankreichs Arme wie früher dem Hilfesuchenden offen stehen würden, sichtbar in französischem Fahrwasser zu segeln hätte keiner wagen dürfen. Er wäre — das kann man wissen, ohne daß die Geschichte die Probe gemacht hat — als Landesverräter unmöglich geworden. Es hat denn auch keiner von ihnen in den nächsten fünfzig Jahren derartiges versucht. Erst 1866 in der Todesangst nach dem preußischen Siege, als sie ihr Leben bedroht fühlten, haben einige, Bayern, Sachsen und namentlich Hessen, den alten Bettlerpfad nach Paris wieder beschritten — zum letztenmal und ohne Erfolg.

In Frankreich hat man die Veränderung, die in Deutschland und mit Deutschland vor sich gegangen war, nicht bemerkt, ihm auch die Niederlagen von 1813 bis 1815 nicht nachgetragen. Nicht Deutschland war für die Franzosen der Feind, der sie besiegt hatte, sondern England. Das deutsche Volk war ihnen bisher der Beachtung kaum wert gewesen, jetzt wurde es eigentlich erst entdeckt, das Volk der Denker und Dichter, das Frau von Staël im Jahre 1813 ihren Landsleuten vorgestellt hatte. Der Eindruck war nicht gering, und die geistreiche Frau machte Schule mit ihrer Anerkennung deutscher Vorzüge. Deutschland und deutsche Dinge

wurden zeitweilig in den Kreisen der Pariser Intelligenz geradezu Mode. Die angesehensten Zeitschriften berichteten fortlaufend über Literatur, Kunst und Leben jenseits des Rheines, einige wurden eigens zu dem Zweck gegründet, den geistigen Austausch zu pflegen und Kenntnis und Verständnis deutscher Art zu verbreiten. War es zu Anfang mehr die deutsche Dichtung, für die man sich interessierte, so trat mit den Jahren die deutsche Wissenschaft ihr gleichberechtigt zur Seite. Deutschland galt als das Land, in dem und von dem man lernen müsse. Nach Deutschland reiste mancher junge Franzose, wie der Deutsche nach Italien reiste, um seine Bildung zu vervollständigen. Hie und da steigt die Achtung, die Bewunderung bis zur Schwärmerei, deren Äußerung sonderbar übertriebene, fast komische Formen annimmt. Es sind führende Männer des französischen Geisteslebens, die diesen Kultus mitmachen. Jules Michelet, der berühmte Geschichtschreiber, will durch Luther und die Nibelungen, durch Beethoven und Fichte in aufrichtiger Liebe deutscher als die Deutschen geworden sein. Victor Hugo bekennt, mit kindlichen Gefühlen zu Deutschland aufzusehen, zu dem edeln, heiligen Vaterland aller Denker; wäre er nicht Franzose, möchte er Deutscher sein. Lamartine besingt in seiner „Marseillaise des Friedens“ „des ersten Deutschlands hochgeborene Söhne“. Der junge Renan schreibt nach der ersten Bekanntschaft mit deutscher Literatur: „Ich glaubte in einen Tempel einzutreten . . . Von dort wird uns der Heiland kommen!“ So und ähnlich noch mancher.

Aber diese Schwärmerei hat eine bemerkenswerte Kehrseite. Die Generation der Romantiker, die damals in Frankreich den Reigen führte, sah auch in Deutschland das klassische Land der Romantik, ein Idyll, an dem man sich ästhetisch und moralisch erbauen könne; ein Land der natürlichen Einfalt und bürgerlichen Tugend, ganz Friede und Fleiß, Dichtung und Musik; ein Volk, in dem jeder Schulmeister ein tiefer Denker, jeder blondzöpfige Backfisch ein Gretchen und jeder langhaarige Musensohn ein Jung Siegfried war. Es war ein Spiegelbild der eigenen Phantasie, die nur sah,

was sie sehen wollte. Daß dieses Land, dieses Volk auch politisch etwas bedeuten könnte, kam den wenigsten in den Sinn. Es war gar zu harmlos.

Als der junge Edgar Quinet, selbst ein überzeugter Freund, aber, zum Unterschied von den andern, auch ein genauer Kenner Deutschlands, schon 1834 es wagte, den landläufigen Vorstellungen zu widersprechen und auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die im preußischen Staate schlummerten, da fand er keinen Glauben, und die Redaktion der *Revue des deux Mondes* strich aus seinem Aufsatz die stärksten Stellen weg. Nicht besser ging es zwei Jahre später einem Abgeordneten namens Manguin, der in der Kammer auf die Gefahr aufmerksam machte, daß aus dem Deutschen Zollverein die staatliche Einigung Deutschlands unter Preußen hervorgehen könne und Frankreich dann mit einem Nachbarstaat nicht mehr von 14, sondern von 28 Millionen zu rechnen haben würde. Der Minister des Äußern widersprach, leugnete die Gefahr und wies jeden Gedanken an Einmischung als lächerlich zurück. Der Minister hieß — Adolphe Thiers! Man konnte sich schlechterdings nicht vorstellen, daß auch die deutsche Nation einen Willen, einen nationalen Ehrgeiz und eine politische Kraft entwickeln könne. Darum scheuten sich auch die französischen Deutschenschwärmer keinen Augenblick, dem von ihnen so vergötterten Volk eine Zumutung zu machen, die in entsprechender Umkehrung von jedem Franzosen als blutige Beleidigung empfunden worden wäre. Sie verlangten höchst unverfroren die Abtretung des Rheinlands. Preußen, meinte Lerminier 1835, solle doch so vernünftig sein, auf dieses Land zu verzichten, dessen Geist es niemals verstehen werde, weil es im Grunde französisch sei. Als fünf Jahre später die Gefahr eines europäischen Krieges Aussichten eröffnete, in den so lange und heiß ersehnten Besitz zu gelangen, war es Quinet, der am lautesten in Vers und Prosa die Forderung erhob, daß, um den Bruderkrieg zu verhüten, der Rhein wieder französisch werde, der Rhein, der in deutschen Händen Frankreich bedrohe, während er in französischem Besitz nur der Verteidigung diene. Ersatz

für den Verzicht sei im Osten zu finden. Luxemburg, Landau und Mainz seien „die Schlüssel von Paris“. „Ihr setzet“, so redet er die Deutschen an, „den Fuß auf unsere Schwelle, ihr steht in unserm Hause, ihr könnt, ohne auf ein Hindernis zu stoßen, bis an unsern Herd vordringen . . . Der Rhein ist eure Vergangenheit, die Donau eure Zukunft. Die türkische Donau wird euch unfehlbar und überreich für den französischen Rhein entschädigen.“ Ihm sekundierte Victor Hugo. Er sah im deutsch-französischen Bündnis, in der Vereinigung von Herz und Kopf Europas, den einzigen Schutz gegen britische und russische Unterdrückung. „Vereinigt unbesiegbar, Frankreich und Deutschland, beide groß nach Gottes Willen, über Europa herrschend, der Stamm der Sultane erloschen und erstorben — dann wird Gott der gesegneten, der heiligen Teutonia die Donau und uns den Rhein wiedergeben!“

Es ist heute üblich, im deutschen Volk zwei Seelen zu unterscheiden und dem Geist von Potsdam den von Weimar entgegenzustellen. Für das Frankreich zwischen 1815 und 1850 dürfte dasselbe gelten; auch dort gab es eine militärisch-kriegerische und eine intellektuell-pazifistische Richtung. Aber hinsichtlich der rheinischen Frage dachten sie gleich. Ob die Enthusiasten, die für Verbrüderung mit Deutschland schwärmten, wirklich aussprachen, was die Masse ihres Volkes empfand, mag eine offene Frage bleiben; daß die Nation hinter ihnen stand, wenn sie als Preis der Freundschaft das deutsche Rheinland forderten, ist nicht zu bezweifeln. In diesem Punkte waren das intellektuelle und das politische Frankreich auch nach 1815 eins. Unvergessen waren die Überlieferungen von Richelieu, Ludwig XIV. und Danton, unvergessen die Tatsache, daß das große Programm der französischen Suprematie auf dem Festland einmal, wenn auch nur für einige Jahre, verwirklicht gewesen war, und die Lehre von den „natürlichen Grenzen“ blieb ein unantastbarer Glaubenssatz. Daß die alten Ansprüche nicht aufgegeben, nur vertagt waren und bei günstig scheinender Gelegenheit sofort hervorbrachen, hat mit Ausnahme der

kurzen Unterbrechung durch die Revolution von 1848 jedes der verschiedenen Regierungssysteme, die zwischen 1815 und 1870 in Frankreich einander ablösten, durch die Tat bewiesen.

Die Gelegenheit dazu bot sich, sooft die bestehende Machtverteilung in Europa vor einer Krisis stand. Zum erstenmal geschah das während des russisch-türkischen Krieges von 1828 bis 1829, als die siegreiche russische Armee bis Adrianopel vordrang und das Schicksal der Türkei besiegelt schien. In Paris war man darüber einig, daß der Anlaß benutzt werden müsse, um Frankreich aus den Fesseln der Wiener Verträge zu befreien; nur über das Wie waren die Ansichten geteilt. Chateaubriand, damals Botschafter in Rom, predigte mit Feuereifer den Erwerb des Rheinlands, Polignac, der Ministerpräsident, gab Belgien den Vorzug und wollte sich mit Landau und dem Saarbecken begnügen, wenn Preußen die Rheinprovinz dem König von Sachsen überließe und sich selbst mit Sachsen und vielleicht noch Holland entschädigte. Acht Tage wurde im französischen Ministerrat darüber gestritten, der Kronprinz und die Generäle traten für Chateaubriand ein, der König aber entschied am 4. September 1829 für Polignac. In diesem Sinne wandte man sich an den Zaren. Der Plan war im einzelnen phantastisch, er kam auch zu spät: Rußland hatte bereits Frieden geschlossen, als der französische Vorschlag in Petersburg eintraf. Damit wurde er von selbst gegenstandslos.

Zwei Jahre später schien der Gedanke Chateaubriands bessere Aussichten zu gewinnen. Die Belgier hatten sich von Holland mit französischer Hilfe losgerissen. Gegen ihre Einverleibung in Frankreich, die man in Paris am liebsten gehabt hätte, erhob England Einspruch. Diesmal war es Talleyrand, der als Botschafter in London den Plan einer Länderverschiebung zum Vorteil Frankreichs betrieb. Er setzte sich damit in Widerspruch zu seinen früheren Äußerungen. Aber wann hätte dieser grundsatzloseste aller europäischen Staatsmänner sich gescheut, sich selbst zu widersprechen? Er machte den Vorschlag, den König von Sachsen nach Belgien

zu versetzen, Sachsen an Preußen und dafür die preußische Rheinprovinz an Frankreich zu überlassen. Die übrigen Großmächte lebten damals noch zu sehr in der Erinnerung an die napoleonische Zeit, um auf eine solche Schwächung der Grenze gegen Frankreich einzugehen. Auch dieser Plan fiel zu Boden.

Da eröffnete im Jahr 1840 wiederum eine orientalische Krisis verlockende Aussichten. Mehemed Ali von Ägypten hatte sich gegen den Sultan erhoben, seine Armee stand im siegreichen Vormarsch gegen Konstantinopel schon an der Grenze Kleinasiens, und es schien, als würde das türkische Reich von dieser Seite her zertrümmert werden. Frankreich hatte sich auf die Seite Ägyptens gestellt, die übrigen Großmächte stützten die Türkei, der Krieg stand vor der Tür, und Thiers, seit kurzem leitender Minister, wollte ihn. Er rechnete auf den Sieg des Ägypters, auf Fesselung der übrigen Mächte in einem Krieg zur Rettung der Türkei und gedachte derweilen Frankreichs ganze Kraft, nach dem Vorbild der Revolution und Napoleons, am Rhein und in Oberitalien einzusetzen. Die Rechnung schlug fehl, da der Hauptposten ausfiel: der Ägypter siegte nicht, er machte vor der englischen Drohung kehrt, die Türkei war gerettet, und König Ludwig Philipp, der die Kriegslust seines Ministers nie geteilt, wohl aber die Entfesselung der Revolution im eigenen Lande als Folge des Krieges gefürchtet hatte, trat den diplomatischen Rückzug an — Thiers mußte abtreten.

Kein Zweifel, daß, wenn es nach ihm gegangen wäre, Frankreich den Krieg jämmerlich verloren haben würde. Es war nicht gerüstet. Sein stehendes Heer, nach dem Frieden von 1815 auf noch nicht 300 000 Mann herabgesetzt, war seit 1830 wohl fast verdoppelt worden, aber den vereinten Kräften von Preußen, Österreich und England, nicht zu reden von Rußland, bei weitem nicht gewachsen. Der heißblütige, leicht be rauschte Südfranzose Thiers, den sein Gegner Emile Ollivier den Begründer der Partei der Maulhelden genannt hat, hatte sich in die Rolle Napoleons geträumt, ohne doch die wichtigste Eigenschaft dafür zu besitzen, den Blick für die Tat-

sachen. Er hätte Frankreich und Europa nur in ein blutiges Abenteuer gestürzt, bei dem wahrscheinlich niemand etwas gewonnen haben würde. So mußten alle Teile dem nüchternen Bürgerkönig dankbar sein, der die diplomatische Niederlage einem hoffnungslosen Kriege vorzog.

Der scheinbar ergebnislosen Episode kommt gleichwohl eine große Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen zu. 1829, 1831 waren die französischen Absichten im Dunkel geheimer diplomatischer Verhandlungen verborgen geblieben, diesmal spielte sich alles im hellen Lichte der Öffentlichkeit ab. Thiers hatte, auch dies nach dem Vorbild von 1792, die Stimme der französischen Nation aufgerufen, an ihren Patriotismus appelliert, und nicht vergebens. Eine wirkliche Kriegsstimmung hatte Frankreich erfaßt, die Freiwilligen strömten herzu, und ganz ungescheut sprach die Pariser Presse von der Rheingrenze als dem eigentlichen Kriegsziel. Die Antwort von deutscher Seite blieb nicht aus. Sie erklingt bis auf den heutigen Tag in zwei Liedern, die jeder kennt und die damals in aller Munde waren, in Beckers Rheinlied und der Wacht am Rhein. Die Verse waren schlecht, aber sie sprachen aus, was jedermann fühlte und dachte. Kein Geringerer als Fürst Metternich hat das bezeugt, als er, nachdem der Sturm vorüber war, an seinen Vertreter in Paris mit boshafem Spotte schrieb, Thiers dürfe sich schmeicheln, Napoleon zu übertreffen, denn was diesem erst in zehn Jahren gelungen sei, habe er in kurzer Zeit erreicht: „Ganz Deutschland ist bereit, den Krieg auf sich zu nehmen, und zwar einen Krieg von Volk zu Volk.“ Wer die Geschichte kennt, weiß, was das bedeutet: ganz Deutschland einig. Will man die Tiefe der Wandlung ermessen, die sich vollzogen hatte, so braucht man nur 1840 mit 1795 zu vergleichen: damals vollendete Gleichgültigkeit gegen den Verlust des Rheinlands, und jetzt ein einziger Ruf des Zornes bei dem bloßen Gedanken, daß fremde Hände nach dem deutschen Strome greifen könnten.

Für die Franzosen war diese Erregung etwas so Ungewohntes, daß sie sie gar nicht begriffen. Eben damals wurden die naiven Zumutungen der Quinet und Victor Hugo laut, die

den Deutschen einreden wollten, sie könnten durch Herausgabe des Rheinlands nur gewinnen. Später hat man wohl gemeint, das unkluge Vorgehen der französischen Regierung habe die feindselige Stimmung in Deutschland erst geschaffen. Ein großer Irrtum! Gesinnung und Empfindung waren nichts Neues, sie hatten nur bisher keinen Anlaß gehabt, sich zu äußern. Sie rührten von 1806 und 1813 her. Seitdem war der Most, der vor einem Menschenalter in den Keller gelegt war, zum vollen Wein geworden. Das Jahr 1840 gab die erste Kostprobe davon. Sie erzeugte keinen vorübergehenden Rausch. Die deutsche Nation, einmal zum Bewußtsein dessen gekommen, was sie in ihrer Gesamtheit wollte und nicht wollte, konnte dieses Erlebnis nicht vergessen und hat es nicht vergessen. Die Erinnerung an die Gefahr, der man einen Augenblick gegenübergestanden hatte, blieb haften und wurde zu einem bestimmenden Faktor, ja zum einzigen festen Punkt in ihrem politischen Denken. Mit den letzten Resten einer gewissen Hinneigung zu Frankreich und französischem Wesen wurde jetzt aufgeräumt. „Aus war's,“ so schrieb Karl Hillebrand, der davon noch unmittelbare Überlieferung besaß, in seiner Geschichte der französischen Julimonarchie, „aus war's mit den französischen Idealen. Die Strömung der nationalen, historischen Freiheitsliebe gewann in jenen Stunden die Oberhand über die französisch-rationalistische Strömung der Revolutionsgeister.“ Heinrich Heine, der in Paris vom Franzosenfreund zum Halbfranzosen geworden war, wußte wohl, warum er vierzehn Jahre später mit Bitterkeit darüber klagte, daß „damals Thiers unser Vaterland in die große Bewegung hineintrommelte, welche das politische Leben Deutschlands weckte“. Die Bewegung führte immer weiter fort aus dem französischen Fahrwasser, in dem der vaterlandslose Dichter sich wohl fühlte. Deutschland wurde immer deutscher.

Wer etwa erwartet hätte, die Revolution, die am 24. Februar 1848 in Frankreich das Königtum stürzte und die Republik aufrichtete, werde in die Fußtapfen ihrer großen Vorgängerin treten und, wie jene, die französische „Freiheit“ mit

den Waffen in der Hand zu verbreiten suchen, der dürfte sich bald enttäuscht gesehen haben. Die Stimmung, die bei den französischen Liberalen seit langem herrschte, war nicht kriegerisch. Man huldigte den Gedanken der Völkerverbrüderung und des Weltfriedens. Natürlich bezog man das nur auf sogenannte freie Völker, also nicht auf Rußland, den Hort der Tyrannei, auch nicht auf Österreich, das die Italiener „unterdrückte“. Mit allen übrigen gedachte man eine enge, vielleicht dauernde Verbindung einzugehen, deren Kern ein festes Einverständnis sein sollte. Ganz konnte oder wollte man freilich auch jetzt gewisse eigene Wünsche nicht verleugnen, und so entstanden die zwitterhaften, in sich widerspruchsvollen Erklärungen Lamartines, der zunächst die Regierung leitete, die besagten, Frankreich erkenne die Verträge von 1815 zwar nicht als rechtmäßig an, nehme sie aber als Grundlage hin. Es werde insbesondere einen Angriff auf „die deutschen Nationen“ — daß es nur eine deutsche Nation gebe, sollte nicht anerkannt werden — weder unternehmen noch dulden. Wir brauchen die sonderbare Politik, die der stets begeisterte und niemals aufrichtige Dichter während der kurzen Monate seiner Ministerschaft betrieb, hier nicht zu verfolgen. Sie hat keinerlei Einfluß, ja nicht einmal unmittelbare Wirkungen gehabt, auch der „Bruderbund mit Deutschland“, den die französische Volksvertretung am 24. Mai 1848 beschloß, blieb ein leeres Wort. Merkwürdig ist das alles nur durch das, was nicht geschah: die deutsche Revolution, die doch durch das französische Vorbild ihren Anstoß erhalten hatte, konnte sich abspielen, ohne in ihrem Verlauf und ihren Ergebnissen im mindesten von Frankreich beeinflußt zu sein.

Die französische Zurückhaltung entsprang nicht nur edler Gesinnung. Diese war keineswegs bei allen französischen Politikern gleich groß, und der schwärmende Lamartine mußte es oft genug hinnehmen, daß die uneigennütigen Erklärungen, in denen das lyrische Gedicht seiner Politik sich ausströmte, durch Handlungen seiner Kollegen, die dazu wenig paßten, Lügen gestraft wurden. Aber auch diese Quertreibe-

reien hatten nichts zu bedeuten, weil Frankreich gar nicht in der Lage war, nach außen mit Nachdruck aufzutreten. In der inneren Auflösung, in der es sich bis zur Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes im Juni 1848 befand, und bei der Ungewißheit, die mindestens noch bis zur Präsidentenwahl Napoleons im Dezember des Jahres über seiner Zukunft lag, konnte es an aktivere Auslandspolitik gar nicht denken. Hat es doch auch für die „Befreiung Italiens“, die am gleichen Tage mit dem deutschen „Bruderbund“ zum Beschluß erhoben wurde, nichts zu tun vermocht. Es ist darum auch nur hohle Prahlerei, wenn Thiers später behauptet hat, er würde damals, hätte man ihn nur gewähren lassen, durch Drohungen oder Geschenke Bayern und Hessen zur Abtretung ihrer linksrheinischen Besitzungen bewogen und die französische Grenze bis Mainz vorgeschoben haben, „das der Schlüssel Deutschlands ist“ (früher hörten wir, es sei der Schlüssel zu Frankreich gewesen; also ein Doppelschlüssel). Selbst wenn Frankreich einen solchen Streich hätte versuchen können, so weiß jeder, der die deutsche Bewegung von 1848 kennt, wie es gekommen wäre. Der deutsche Fürst, der sich auf solche Geschäfte einließ, wäre für immer verjagt, und der Minister, der sie führte, gehängt worden. Das Erscheinen aber eines einzigen französischen Soldaten in Mainz, während in Frankfurt die deutsche Nationalversammlung tagte, hätte genügt, der deutschen Revolution mit einem Schlage ein Ende zu bereiten und das zur Wirklichkeit zu machen, was 1840 nur gedroht hatte: ganz Deutschland einig und in Waffen gegen Frankreich.

*

Ehe wir weitergehen, um an die Ereignisse heranzutreten, die bis heute und wohl noch für lange den Charakter der deutsch-französischen Beziehungen bestimmt haben und bestimmen werden, dürfte es sich empfehlen, das Urteil über die zuletzt betrachtete Phase, die Zeit von 1815 bis 1850, zusammenzufassen. Es soll uns den Hintergrund liefern, auf

dem die entscheidende Wendung der folgenden Jahrzehnte in die richtige Beleuchtung rückt.

Emile Ollivier, der Staatsmann, der als Ministerpräsident im Sommer 1870 „leichten Herzens“ sein Land in den Krieg gegen Deutschland stürzen ließ, hat in seiner breit angelegten Geschichte des „Liberalen Kaiserreichs“ — einer Gerichtsrede in 18 Bänden, rhetorisch glänzend, aber mit allen Fehlern einer solchen — die Behauptung ausgesprochen, in den Jahren von 1815 bis 1848 sei weder der Rhein noch die Rache für Waterloo der stete Gedanke der Regierenden gewesen. Wohl finde man bei Geschichtschreibern, Dichtern, Geographen die „übrigens unbestreitbare Behauptung“, daß der Rhein die natürliche Grenze Frankreichs sei. Aber „nirgends,“ sagt Ollivier, „unter keiner Regierung läßt sich die geringste Handlung entdecken, die die Absicht verriete, ihn wiederzunehmen“. Er beruft sich darauf, daß auch Guizot als Ministerpräsident am 24. Januar 1848 erklärt habe, Frankreich hätte besser getan, zur Befreiung Polens, der Lombardei und Venediens die Armee und die Schätze zu verwenden, die es „nicht gebraucht hat, um die Rhein- und Alpengrenze für sich zu gewinnen“. Den Ruf eines geschickten Anwalts, den Ollivier bei Lebzeiten besaß, hat er an dieser Stelle nicht wahrgemacht. Er bestreitet, was kein Vernünftiger behauptet hat noch behaupten kann. Niemand wird dem Frankreich der Restauration und des Bürgerkönigtums eine *H a n d l u n g* vorwerfen können, die auf Eroberung des Rheins zielte. Aber wenn es für diesen Zweck nichts *g e t a n* hat, so lag das nicht am Fehlen der Absicht, sondern nur an der Unmöglichkeit, sie auszuführen. Der Polignacsche Plan, Talleyrands belgische Teilungsprojekte sehen zwar nicht den unmittelbaren Erwerb des Rheinlands für Frankreich vor, wohl aber die Vorbereitung dazu. Warum drängte man denn auf Bildung eines eigenen rheinischen Königreichs hin, warum sonst, als weil man von einem solchen weniger Widerstand, sei es gegen militärische Eroberung, sei es gegen friedliche Aufsaugung des Landes durch Frankreich glaubte erwarten zu dürfen? Solange Preußen, als „der rheinische Hausknecht des Deutschen

Bundes“, wie Friedrich Wilhelm IV. sich einmal genannt hat, die Grenze hütete, waren solche Absichten ungefährlich und aussichtslos. Wenn an Stelle des Hohenzollern ein wettinischer Kleinfürst von Aachen bis Trier regierte, ließ sich eher daran denken. Vollends hinfällig ist Olliviers Versuch, die Annexionslust als platonischen Wunsch von unpolitischen Intellektuellen abzutun. Chateaubriand, der offen und unverhüllt die Wiedergewinnung der Rheingrenze für Ehrenpflicht erklärte, gehört zwar in die Kategorie der Dichter, war aber zugleich aktiver Staatsmann, Diplomat und zeitweilig Minister des Äußern. Thiers war Geschichtschreiber, aber auch Staatsmann und wiederholt Minister, und in dieser Eigenschaft hat er die Losung „Auf zum Rhein!“ ausgegeben, die in ganz Frankreich so lauten Widerhall fand. Er hat den Gedanken auch nach seinem Sturz nicht verleugnet. Am 20. Januar 1842 ließ der Exminister in der Kammer die drohende Bemerkung fallen: „Zwischen uns und den Deutschen gibt es eine territoriale Streitfrage, die für sie gefährlich ist.“ Die Ausflüchte verfangen also nicht; das politische, das offizielle Frankreich ist es, das so gedacht und gesprochen hat.

Es ist eben nicht anders: Frankreich hat von 1815 bis 1850 den Wiedergewinn der Rheingrenze gewünscht und gewollt und ein historisches und moralisches Recht darauf zu haben geglaubt; verzichtet hat es nur, weil die Umstände ihm nicht erlaubten, den Willen zur Tat werden zu lassen. Der Verteidiger vor dem Strafgericht darf Freisprechung beantragen, weil die Tat nicht ausgeführt wurde. Vor dem Richterstuhl der Geschichte werden Absichten und Gedanken ebenso zur Rechenschaft gezogen wie begangene Handlungen. Die auswärtige Politik eines jeden Staates ist der Ausdruck dessen, was sein Volk will und zu bedürfen glaubt, und sie muß ebensosehr nach Hoffnungen und Entwürfen beurteilt werden, die nicht zur Ausführung kamen, wie nach vollzogenen Handlungen. Worauf die Entwürfe in Frankreich nach 1815 dauernd gerichtet waren, kann niemand bestreiten, der den Sinn für die Wahrheit nicht ganz verloren hat. Das hat doch sogar Guizot mittelbar bestätigt, indem er von den Armeen

Haller, Tausend Jahre ... 8

und Schätzen sprach, die man nicht verwendet habe, um die Rheingrenze wiederzugewinnen. Wenn man freilich der nationalen Voreingenommenheit bis zu solcher Verblendung sich hingibt, wie Perraud, der das Rheinlied Nikolaus Beckers eine „Herausforderung der französischen öffentlichen Meinung“ nennt und Musset preist, weil er den Handschuh aufgenommen und — in besseren Versen, aber mit roher Gesinnung — geantwortet habe, so hört die Möglichkeit vernünftiger Erörterung auf. Scheut sich doch dieser französische Historiker nicht einmal, bei solchem Anlaß den Satz niederzuschreiben: „Sollte ihre (der Deutschen) Unbeugsamkeit (*intransigence*) Frankreich etwa dazu verurteilen, zwischen dem Rhein und dem Frieden, zwischen seinen nationalen Bestrebungen (*aspirations*) und seinen humanitären Lehren zu wählen?“ Wer logisch denkt, wird diese Wahl für unvermeidlich halten, wo die „nationalen Bestrebungen“ mit den „humanitären Lehren“ in so handgreiflichem Widerspruch stehen wie hier. Aber freilich, in den Augen eines französischen Historikers von 1923 kommt das gute Recht der Deutschen auf ihr eigenes Land, uralten deutschen Volksboden, nicht in Betracht gegenüber den „nationalen Bestrebungen“ Frankreichs. Für ihn ist die zornige Aufwallung des deutschen Patriotismus angesichts des offen angekündigten Griffes nach deutschem Gebiet nur eine „Herausforderung der französischen öffentlichen Meinung“. Es hat einmal einen französischen Geschichtschreiber gegeben, größer als alle, die heute auf diesen Titel Anspruch machen, einen der vornehmsten und klügsten politischen Denker aller Zeiten, der auch als Staatsmann und Minister seines Landes eine Rolle gespielt hat und der, anders als die Epigonen des Weltkriegs, die Wahrheit erkannt und ehrlich bekannt hat. Alexis de Tocqueville gehörte zu der Schule liberaler Politiker in Frankreich, die das Bündnis mit Deutschland erstrebten, weil sie darin den besten Schutz gegen das übermächtige Rußland, das Rußland des Autokraten Nikolaus I., sahen. Aber als er Deutschland bei längerem Aufenthalt aus eigener Anschauung kennen und verstehen gelernt hatte, gab er den Gedanken bekümmerten Herzens auf. Überall im

Lande hatte er gegenüber Frankreich die gleiche Gesinnung gefunden, gemischt aus Furcht und Haß. Er zögert nicht, Frankreich die Schuld daran zu geben. „Wie könnte es anders sein?“ ruft er aus. „Es ist eine der verhängnisvollsten Folgen, die für Frankreich aus dem ersten Kaiserreich hervorgegangen sind . . . A u s u n s e r n n a t ü r l i c h e n B u n d e s g e n o s s e n h a b e n w i r u n s e r e s c h l i m m s t e n F e i n d e g e m a c h t.“

Es hätte nicht so zu sein brauchen. Als Tocqueville sein resigniertes Urteil niederschrieb, waren seit dem Sturze Napoleons und der Befreiung Deutschlands vierzig Jahre verflossen. Die Zeit hätte genügt, die Wunden vernarben zu lassen, wenn nicht die ungescheut verkündigten französischen Ansprüche sie immer aufs neue aufgerissen, ja eigentlich dauernd offen gehalten hätten. So waren die Aussichten auf Aussöhnung, friedliches Nebeneinander und schließliche Verbindung der beiden Nachbarvölker in einem Menschenalter, einer Periode des Friedens, wie sie so lang seit drei Jahrhunderten nicht dagewesen war, nicht gestiegen, sondern gesunken, als seit Mitte des Jahrhunderts das Problem eine neue Seite erhielt, die seine Lösung aufs äußerste erschwerte: die Frage der deutschen Einheit.

Sie war bisher keine Frage der praktischen Politik gewesen. Akademische Erörterungen, die ihr in der Literatur gewidmet wurden, hatten den Staatsmännern keinen Anlaß gegeben, sich ernsthaft mit ihr zu beschäftigen. Den Wunsch weiter Kreise nach staatlicher Einigung der Nation hatten die Regierungen ignoriert, weil keiner der deutschen Staaten daran dachte, ihn sich zu eigen zu machen. Soweit sie sich mit einer Reform des Bundes überhaupt beschäftigten, waren ihre Erwägungen eher darauf gerichtet, wie man einer wirklichen Einheit aus dem Wege gehen könne. Darum hatte auch das Ausland dieser Frage keine Aufmerksamkeit geschenkt. In Frankreich hatte wohl hie und da eine einzelne Stimme auf die kommende deutsche Einheit hingewiesen. Wir hörten, wie schon der Zollverein eine leise Unruhe hervorrief, die aber rasch beschwichtigt wurde. Ein Kenner Deutschlands wie

Quinet konnte wohl mit prophetischem Wort auf den preußischen Staatsmann der deutschen Zukunft hindeuten — man achtete nicht darauf. Die Berufung des Vereinigten Landtags in Preußen (1847) flößte dem Minister Guizot wohl einige Besorgnis ein, ob der Übergang dieses Staates zu modernen Verfassungsformen nicht der Anfang zur Einigung Deutschlands unter preußischer Führung werden könnte. Aber auch er ließ sich beruhigen.

Da brach in der Revolution des Jahres 1848 mit einem Schläge der Gedanke der deutschen Einheit als stürmische Forderung der Nation hervor. War man nun damals in Paris wirklich so sehr von weltbürgerlichen Ideen beherrscht, daß man mit Bewußtsein geschehen ließ, was sich jenseits der Ostgrenze vorzubereiten schien? Oder war man scharfblickend genug, die Vergeblichkeit der Bestrebungen zu erkennen, die von der Frankfurter Paulskirche ausgingen? In jedem Fall war Frankreich mit sich selbst so sehr beschäftigt, daß ihm die Möglichkeit gefehlt hätte, in Deutschland einzugreifen, auch wenn es wollte.

Der revolutionäre Versuch der Reichsgründung scheiterte, aber die Frage kam darum nicht zur Ruhe. Sie blieb auf der Tagesordnung, sie hielt nicht nur die deutschen Regierungen in Atem. Neben der orientalischen, polnischen, italienischen gab es jetzt eine deutsche Frage, mit der man sich andauernd beschäftigen mußte. Frankreich am wenigsten konnte ihr gleichgültig zusehen. Unter der Diktatur Napoleons III. innerlich aufs neue geordnet und gefestigt, militärisch gestärkt, mußte es sich die Frage ernstlich vorlegen, die in der Aufregung des Revolutionsjahres überhört worden war, ob es die Einigung Deutschlands geschehen lassen oder verhindern sollte, ob und unter welchen Bedingungen es sie ertragen konnte. Seit zwei Jahrhunderten hatte die Schwäche Deutschlands als unantastbarer Grundsatz französischer Politik und geradezu als eigenes Lebensbedürfnis gegolten. Konnte, durfte man es jetzt anders ansehen? Seit einem Jahrhundert war einer der stärksten Trümpfe im Spiel der französischen Diplomatie der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich.

Daß die beiden Mächte nach 1815 Hand in Hand gegangen waren, hatte eine empfindliche Schwächung Frankreichs bedeutet. Dann hatte das Jahr 1848 ihre alte Gegnerschaft so stark wie je wieder geweckt, die folgenden Jahre ließen sie nicht mehr einschlafen. Mit voller Klarheit war es hervorgetreten, daß die deutsche Einheit gleichbedeutend war mit der Beseitigung des Dualismus, der Ausgleichung des Gegensatzes zwischen den deutschen Großmächten in der einen oder andern Form. Konnte Frankreich das dulden, durfte es sich eine seiner stärksten Karten rauben lassen? Dahinter aber stand noch ein argwöhnischer Gedanke: d a s E l s a ß. Daß die Wiedergewinnung dieses Landes, schon im 18. Jahrhundert gelegentlich von deutschen Regierungen ernsthaft ins Auge gefaßt, bei den Friedensverhandlungen von 1814/15 eine Rolle gespielt hatte, war in Paris nicht vergessen; daß sie die Forderung der deutschen Patrioten gewesen und noch 1848 hier und da, wiewohl selten, zur Sprache gekommen war, wußte man auch. Wenn nun Deutschland ein geeintes Reich, nicht mehr ein lockerer, zum Angriff unfähiger Bund war, mußte man da nicht fürchten, daß es eines Tages seinen Anspruch auf das Elsaß mit den Waffen geltend machen werde? Mancher, der sonst vielleicht bereit gewesen wäre, mit den Tatsachen sich abzufinden, wurde durch die Erinnerung an den Raub Ludwigs XIV. zurückgeschreckt. Das schlechte Gewissen wegen des Elsaß ließ Frankreich im Gedanken an Deutschland nicht ruhig schlafen.